

Steinkohlepolitik

Die notwendige beihilferechtliche Absicherung der deutschen Steinkohlepolitik in Brüssel befinde sich, wie die Kontroverse über die Beihilfegenehmigung 2000 zeige, in einer ausgesprochen schwierigen Phase. Es zeichne sich jedoch auf der Verhandlungsebene Bundesregierung und EU-Kommission eine Lösung in der Beihilfefrage ab, sofern in wesentlichen Eckpunkten Einvernehmen erzielt werde.

Dazu zähle erstens, dass an den Vereinbarungen vom März 1997 und deren unternehmerischer Umsetzung nicht gerüttelt werde. Zu den Eckpunkten zähle zweitens ein gemeinsames Grundverständnis zur langfristigen Perspektive des deutschen Steinkohlebergbaus ab 2006 auf der Basis eines energiepolitisch definierten Sockels. Das erklärte Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) in seiner Antwort auf eine Dringliche Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Edgar Moron am 8. November im Landtag. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) bekräftigte auf eine Frage von Herbert Reul (CDU), die Aussage der Landesregierung werde Bestand haben. „Es wird im Steinkohlenbergbau mit unserer Mitwirkung keine betriebsbedingten Kündigungen geben, das heißt keine – wie wir empfinden – sozialstaatswidrigen Maßnahmen.“

Auch für die Zeit nach 2002, wenn der EGKS-Vertrag ausgelaufen sein werde, und im Hinblick auf den Energiesockel, den man als Landesregierung ins Gespräch gebracht habe, „haben wir den Eindruck – gestützt auf Abreden mit der Bundesregierung –, dass ein Fortschritt erzielt wird“. Auf eine Frage von Dr. Helmut Linssen (CDU) nach der Zukunft, sagte Clement offen, er scheue sich, da Position zu beziehen. Man habe eine Erhöhung der Stilllegungskosten um 1,2 Milliarden Mark zu verzeichnen. Er nehme an, man nähere sich einer Förderung von 20 Millionen Tonnen. „Das ist aus meiner Sicht prinzipiell zu niedrig. Aber vermutlich wird nur diese Größenordnung in Europa haltbar sein.“

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin). Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische
Geschäftsführerin: Johannes Rimmel
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer:
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent:
Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael
Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher
(GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag,
Düsseldorf. Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Friedhelm Ortgies erinnert sich: Der 14. Mai, der Wahltag in Nordrhein-Westfalen, sei der spannendste Abend seines Lebens gewesen. Es war, wie man sagt, eine Zitterpartie. Am Ende hatte der Wahlkreisbewerber Ortgies, der CDU-Kandidat in Minden-Lübbecke I, um 300 Stimmen die Nase vor. Zum ersten Mal seit 20 Jahren konnte der Landwirt aus Rahden den Wahlkreis mit 100 000 Einwohnern wieder für die Union erobern. Auf dem Hof von Ortgies konnte die zweite große Sause innerhalb von zwei Tagen steigen. Denn am 12. Mai war der neue Landtagsabgeordnete 50 Jahre alt geworden.

Im Februar/März dieses Jahres, als täglich die niederschmetternden Meldungen von der CDU-Spendenfront eintrafen, fragte Ortgies oft spätabends seine Frau: „Warum tun wir uns das an? Da hat man sich in einer Urwahl als Kandidat für den Landtag durchgesetzt, da hat man politisch geackert, sich über Rahden hinaus bekannt gemacht bei den potentiellen Wählern. Und dann kommt man zufrieden und müde nach Hause, schaltet die Tagesthemen ein und – rumms: Wieder eine neue Drehung an der Afärenschraube. Im ganzen Leben hat er noch nie einen solchen politischen Stimmungsumschwung erlebt wie in der Phase zwischen dem absoluten CDU-Hoch nach den Kommunalwahlen im September 1999 und den folgenden Tiefs für die Partei nach der Jahreswende. Ortgies hat das als brutal empfunden.

Nun ist er Neuling im Düsseldorfener Parlament. Wehmütig denkt er an die langjährige Ratsarbeit in Rahden, wo es absolute Mehrheiten für seine Partei gibt. Teil der Opposition zu sein: daran muss sich Ortgies gewöhnen. Nicht niedergeschlagen, aber nüchtern stellt er fest: Ja, Anträge könne man stellen, Initiativen ergreifen, aber am Ende lasse nur die Mehrheit die Sonne scheinen. Ortgies' Düsseldorfener Büro ist drei Monate nach dem Wahltag noch kahl an den Wänden. Der Mann hatte offenbar Wichtigeres zu tun, als Bilder aufzuhängen. Ihm fehlt auch, mehr noch als anderen Abgeordneten mit einem zusätzlichen Beruf, Zeit. Mit der Bahn ist er zum Landtag dreieinhalb Stunden unterwegs. Manchmal kommen dann für Hin- und Rückfahrt sieben Stunden zusammen, um an einer zweistündigen Sitzung in Düsseldorf teilzunehmen. Ortgies will kein Mitleid: „Ich wusste es ja vorher, NRW ist eben groß, im Rheinland wird oft gefragt, ob Minden-Lübbecke überhaupt noch zu NRW gehöre.“

Der landwirtschaftliche Betrieb – 110 Hektar, davon 25 Hektar im Eigentum, der Rest Pachtland, muss nun anders organisiert werden. Mit einem befreundeten Berufskollegen (Landwirtschaftsmeister Ortgies sagt nicht: Bauer) besteht eine sich ergänzende Zusammenarbeit. Einen Bauernhof könne man eben nicht wie eine Bütörtür zuschließen. Deshalb sind die Ortgies oft getrennt verreis: er eine Woche, seine Frau eine Woche. Der 27-jährige Sohn wird den Hof nicht übernehmen. Man spürt, dass sich Friedhelm Ortgies damit nicht leicht abgefunden hat. Aber er ist Realist genug, um zu sehen, dass Höfe seiner Größenordnung künftig kaum mehr zwei Generationen so ernähren können, dass die Lebensqualität beibehalten werden kann.

Ortgies verlor seinen Vater, als er zehn war. Damit stand fest: Er musste nach der mittleren Reife Bauer werden. Er hat es nicht bereut, ist gerne Landwirt und freut sich immer noch über ein gut stehendes Weizenfeld.



Friedhelm Ortgies (CDU)

Zur CDU kam er 1972, als in Bonn Willy Brandt seine hohe Zeit hatte. Die Ostpolitik behagte dem 22-jährigen Landmann nicht, er spricht von Preisgabe der Ostgebiete und fügt sogleich hinzu, seine Familie gehöre nicht zu den Heimatvertriebenen. In Düsseldorf ist ihm zuallererst daran gelegen, seinen Wahlkreis zu vertreten, da zu sein für die, die ihn gewählt, aber auch für die, die das aus parteipolitischen Gründen nicht getan haben. Ortgies geht es um bessere Verkehrsanbindung im ländlichen Raum. Zur Autobahn braucht er vom Hof in Rahden aus eine knappe Stunde. Er ist nicht vermessen genug zu glauben, dass er als Abgeordneter einen Autobahnanschluss erreichen kann, aber dann sollten wenigstens die bestehenden Straßen und Wege ausgebaut und instand gehalten werden. Auch um den Strukturwandel in seiner Heimatregion will sich der Abgeordnete besonders kümmern und darum, dass ehemalige Landwirte als Fachkräfte im örtlichen Mittelstand Arbeit finden und nicht wegziehen müssen. Ortgies beklagt das Übermaß an Auflagen für deutsche Landwirte. Er hat nichts gegen Ökologie, aber er ist gegen Übertreibungen, die zu Wettbewerbsverzerrungen mit den Bauern in anderen EU-Ländern führten.

Auch diejenigen Journalisten-Ökologen sind ihm ein Dorn im Auge, die „an ihren Hightechschreibcomputern sitzen, ihre Hightechautos steuern und uns Landwirte am liebsten wieder mit dem Ochsenkarren fahren sehen“.

Ortgies, der gerne dort Urlaub macht, wo Wasser ist, fährt ein paar Tage im Jahr Ski, spielt Tennis im Club und macht Touren mit dem Rad, wobei der Weg das Ziel ist. Im August war er in Los Angeles, wo sich der Sohn zu Sprachstudien aufhielt und wo gerade das Nominierungsspektakel des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten bevorstand. Als er im US-Fernsehen zuschaute, wie penetrant man in den Staaten Frau und Kinder für die Kampagne einspannt, wie Al Gore auf offener Bühne seine Frau knutschte und küsste, da dachte der reserviert wirkende Westfale voller Abscheu: So ein Mist. Das hat uns hier in Deutschland noch gefehlt.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)